



Bundesministerin für
Frauen und Integration

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.482.366

Wien, am 28. September 2020

die Abgeordneten zum Nationalrat Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 28. Juli 2020 unter der Nr. **2961/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Task Force gegen Hass im Netz“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 13:

1. *Welches Ressort war und ist bei der Etablierung der Task Force federführend?*
2. *Welche Ministerinnen sind für die Task Force verantwortlich?*
3. *Aus wievielen Mitgliedern besteht diese Task Force?*
4. *Welche AkteurInnen und Personen sind Teil der Task Force?*
5. *Welche AkteurInnen sind hier involviert?*
6. *Wird im Rahmen dieser Task Force mit ExpertInnen gearbeitet?*
 - a. *Wenn ja, mit welchen?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
7. *Inwieweit unterscheidet sich diese Task Force von der bereits im Frühjahr von Justizministerin Zadić angekündigten ExpertInnengruppe?*
8. *Wird das Parlament eingebunden?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
 - b. *Wenn ja, in welchem Zeitraum?*

- c. Wenn nein, warum nicht?*
- 9. Wie oft soll die Task Force tagen?*
- 10. Wie lange wird es diese Task Force geben?*
- 11. Was ist das konkrete Ziel der Task Force?*
- 12. Nachdem die Plattformen verpflichtet werden sollen, gemeldete Inhalte zu löschen, stellt sich die Frage: Anhand welcher Kriterien wird hier „Hass im Netz“ definiert? Wem obliegt die Deutungshoheit?*
- 13. Ist mit einer Aufstockung der SonderstaatsanwältInnen zu rechnen?*
 - a. Wenn ja, in welcher Form?*
 - b. Wenn ja, wann?*
 - c. Wenn nein, warum nicht?*

Ich verweise auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 2962/J vom 28. Juli 2020 durch die Bundesministerin für EU und Verfassung und Nr. 2963/J vom 28. Juli 2020 durch die Bundesministerin für Justiz.

Da mir Maßnahmen zum Gewaltschutz und insbesondere gegen Hass im Netz zentrale Anliegen sind, die insbesondere Frauen betreffen, wie die im Auftrag des Bundeskanzleramtes vom Forschungszentrum Menschenrechte der Universität Wien 2018 erstellte Studie „Gewalt im Netz gegen Frauen & Mädchen“ bestätigt, unterstütze ich Schritte, die der Bekämpfung von Hass und Gewalt im Netz dienen. Besonders wichtig dabei ist für mich, dass auch das im Regierungsprogramm vorgesehene Up-Skirting-Verbot aufgenommen wurde.

Zu den Fragen 14 und 15:

- 14. Sind künftig die Etablierung von ausfinanzierten Anlauf- und Meldestellen in ganz Österreich geplant?*
 - a. Wenn ja, in welcher Form?*
 - b. Wenn ja, mit welchen AkteurInnen wird hier zusammengearbeitet?*
 - c. Wenn ja, wann?*
 - d. Wenn nein, warum nicht?*
- 15. Sind mehr Präventions- und Sensibilisierungsarbeit und Strategien zur Steigerung der Medienkompetenz geplant?*
 - a. Wenn ja, in welcher Form?*
 - b. Wenn ja, mit welchen AkteurInnen wird hier zusammengearbeitet?*
 - c. Wenn ja, wann?*
 - d. Wenn nein, warum nicht?*

Ein wesentliches Element der Frauen und Gleichstellungspolitik ist die Bereitstellung eines möglichst flächendeckenden, qualitativ hochwertigen und ganzheitlichen Beratungsangebotes für Frauen und Mädchen in frauenspezifische Problemlagen. Das Angebot der Anlaufstellen, das aus Mitteln des Frauenbudgets finanziert wird, umfasst auch Maßnahmen gegen Hass im Netz. Selbstverständlich bieten auch die Gewaltschutzzentren Beratung bei Internetgewalt an. Daneben gibt es aus Mitteln des Frauenbudgets geförderte spezielle Beratungsangebote wie z.B. das Online-Netzwerk Mona-Net.

Die Präventions- und Sensibilisierungsarbeit sowie Strategien zur Steigerung der Medienkompetenz sind Aufgaben mehrerer Ressorts. Bedeutend ist vor allem die schulische und außerschulische Jugendarbeit, um Kinder und Jugendliche von Beginn an im Umgang mit neuen Technologien vertraut zu machen oder auch das vom Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend koordinierte Nationale No Hate Speech Komitee.

MMag. Dr. Susanne Raab

